

## **7 Fragestunde**

### ***Beginn Fragestunde: 9.26 Uhr***

Bgm.<sup>in</sup> Kahr:

Wir kommen nun zur Fragestunde. Es ist jetzt 9.26 Uhr und ich darf bitten, Frau Gemeinderätin Reininghaus, die Frage an Herrn Stadtrat Hohensinner zu stellen.

#### **7.1 Frage 1: Status quo zur Finanzbildung an Grazer Schulen (GR<sup>in</sup> Reininghaus, Neos an StR Hohensinner, ÖVP)**

GR<sup>in</sup> Reininghaus:

Schönen guten Tag, sehr geehrter Stadtsenat, sehr geehrte Frau Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste im Livestream. Ich nehme heute mit meiner Frage Bezug auf eine Initiative aus dem Mai letzten Jahres, mit der ich auf die Notwendigkeit einer angemessenen Finanzbildung für unsere Kinder und Jugendlichen hingewiesen und gefordert habe. Der Grazer Gemeinderat möge doch auf dem Petitionsweg an die Landesregierung herantreten, den Bedarf an finanziellen und personellen Ressourcen für eine flächendeckende Finanzbildung an den Grazer Schulen zu erheben. Daher möchte ich die Fragestunde heute nutzen, um zu erfahren, wie der Status quo der Finanzbildung an den Grazer Schulen aussieht, denn eines ist Fakt, immer mehr Jugendliche und junge Erwachsene sind hochverschuldet oder hochüberschuldet. Aktuelle Studien belegen steigende Zahlen vor allem bei den 15- bis 38-Jährigen, die besonders Schwierigkeiten beim Umgang mit dem lieben Geld haben oder zu haben scheinen. Heimische Schuldnerberatungsstellen sehen in der fehlenden Wirtschafts- und Finanzkompetenz zum Zeitpunkt des Schulabschlusses eine häufige, ich sage einmal, Ko-Ursache, es ist natürlich nicht die einzige Ursache, aber eine der Ursachen für Überschuldung junger Menschen. Mit einem Riesenschuldenrucksack am Buckel ist es vorbei mit wirtschaftlichem Handlungsspielraum und sowas, was man

vielleicht ein eigenständiges Leben nennen kann. An österreichischen Schulen wird ja eine solche adäquate Finanzbildung noch nicht im ausreichenden Maße angeboten. Eigentlich ist mir das unverständlich, oder? Aber Gott sei Dank ist der Bund bekanntlich gerade dabei, die Lehrpläne zu überarbeiten und so ein Fach wie Wirtschafts- und Verbraucher:innenbildung auf den Weg zu bringen. Bis es zur geplanten Umsetzung kommt, müssen wir uns aber doch noch etwas in Geduld üben, denn eine Umsetzung ist frühestens 2023, 2024 möglich. Zu lange, sage ich. Viele verlorene Jahre mehr für Betroffene, sage ich. Daher sehe ich doch einen Handlungsbedarf für die Stadt Graz einerseits, andererseits aber auch wieder einmal so eine riesengroße Chance für die Stadt Graz, sich vielleicht als Modellregion zu etablieren der Finanzbildung für unsere jungen Leute. Graz als Vorreiterstadt, Graz als Stadt, die ihren Kindern und Jugendlichen eine angemessene Wirtschafts- und Finanzbildung ermöglicht und somit auch einen problemfreien Start ins Berufs- und Erwachsenenleben ermöglicht. Daher stelle ich gemäß § 16a der Geschäftsordnung für den Gemeinderat folgende

### **Frage**

an den Herrn Bildungsstadtrat Hohensinner:

Sehr geehrter Herr Hohensinner, lieber Kurt,  
der Grazer Gemeinderat hat in der Mai-Sitzung des letzten Jahres auf NEOS-Initiative einstimmig beschlossen, den Bedarf an finanziellen und personellen Ressourcen einer flächendeckenden Finanzbildung an Grazer Schulen zu erheben und basierend auf diesen Ergebnissen Graz als eine Modellregion der Finanzbildung zu etablieren. Wie ist der Status quo der NEOS-Initiative und wie wurde auf Basis der Ergebnisse dem Wunsch des Grazer Gemeinderats entsprochen und Gespräche mit dem Bildungsministerium begonnen?

**Originaltext der Frage:**

*Eine immer größere Zahl von Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist hoch verschuldet oder überschuldet. Zahlreiche Studien (\*1 und \*2) belegen die Tatsache, dass gerade unter den 15- bis 38-Jährigen ein vergleichsweise niedriges Finanzbildungsniveau vorherrscht. Daher ist es ungemein wichtig, über wirtschaftliche Grundkompetenzen zu verfügen, weil das Wissen um den richtigen Umgang mit Geld die beste Prävention gegen Schulden darstellt. Das bestätigen auch österreichische Schuldnerberatungsstellen: fehlende Wirtschafts- und Finanzkompetenz zum Zeitpunkt des Schulabschlusses ist häufig die Ursache für Schulden. Daraus resultierend, verringern sich auch der wirtschaftliche Handlungsspielraum und die Möglichkeit, ein eigenständiges Leben zu führen, beträchtlich.*

*An österreichischen Schulen wird eine solche adäquate Finanzbildung noch nicht in ausreichendem Maße angeboten. Der Bund ist bekanntlich gerade dabei, die Lehrpläne zu überarbeiten und das Fach "Wirtschafts- und Verbraucher:innenbildung" auf den Weg zu bringen. Bis es zur geplanten Umsetzung kommt, müssen wir uns aber noch in Geduld üben. Eine Umsetzung wird erst 2023 bis 2024 stattfinden.*

(\*1)<https://steiermark.orf.at/stories/3103235/>

(\*2)<https://www.schuldenberatung.at/finanzbildung/bundeslaender.php>

*Zu lange, sage ich, daher sehe ich für die Stadt Graz einerseits akuten Handlungsbedarf, andererseits aber auch eine große Chance, sich als „Modellregion der Finanzbildung - Graz“ zu etablieren, indem Sie unseren Jugendlichen eine angemessene Wirtschafts- und Finanzbildung zukommen lassen, um Ihnen einen gelungenen Start ins Erwachsenenleben zu ermöglichen.*

*Daher stelle ich gemäß § 16 a der Geschäftsordnung für den Gemeinderat folgende*

**Frage:**

*Sehr geehrter Herr Bildungsstadtrat Hohensinner,*

*der Grazer Gemeinderat hat in der Mai-Sitzung des letzten Jahres auf NEOS-Initiative einstimmig beschlossen, den Bedarf an finanziellen und personellen Ressourcen einer flächendeckenden Finanzbildung an Grazer Schulen zu erheben und basierend auf diesen Ergebnissen Graz als eine Modellregion der Finanzbildung zu etablieren. Wie ist der Status quo der NEOS-Initiative und wie wurde auf Basis der Ergebnisse dem Wunsch des Grazer Gemeinderats entsprochen und Gespräche mit dem Bildungsministerium begonnen?*

**StR Hohensinner:**

Sehr geehrte Frau Gemeinderätin Reininghaus, liebe Sabine. Danke für deine Frage und danke fürs Dranbleiben bei diesem wichtigen Thema. Ich kann nur unterstreichen, was ich schon im Mai letzten Jahres gesagt habe, dass uns als ÖVP die Finanz- und Wirtschaftsbildung der Kinder ein ganz großes Anliegen ist. Ich möchte eines nur kurz berichtigen, nicht der Antrag der Neos wurde letztendlich angenommen, sondern ein Abänderungsantrag von uns, aber dieser Abänderungsantrag ist in die gleiche Richtung gegangen ...

*Zwischenruf GR<sup>in</sup> Reininghaus: Naja, schon auf unsere Initiative.*

**StR Hohensinner:**

... absolut. Ich glaube, da sind wir einer Meinung, dass das ein wichtiges Thema ist. Aber ganz grundsätzlich gibt es in allen Schulformen Gegenstände, die auf dieses Thema abzielen, das ist in der Volksschule der Sachunterricht, in der Mittelschule ist es Geografie und Wirtschaftskunde. Aber ja, wir haben zu wenig Wirtschafts- und Finanzbildung, also da möchte ich auf keinen Fall widersprechen, da haben wir ein

gemeinsames Anliegen. Was wir als Schulerhalter machen können ist, dass wir Projekte der Schulen unterstützen können. Das können wir jetzt schon machen, weil wir sind ja eigentlich nur für die Schulräumlichkeiten zuständig, aber ich sage auch immer, auf diesen Standpunkt ziehen wir uns nicht zurück. Wenn wir ein wichtiges Anliegen im Bildungsbereich sehen, dann versuchen wir, dieses Anliegen auch zu lösen oder zu unterstützen, und so haben ganz viele Schulen in Graz ganz tolle Projekte. Ich möchte mich da bei allen Lehrerinnen und Lehrern und bei allen Direktoren bedanken, ich möchte einen kleinen Auszug bringen, was hier alles schon gemacht wird: Junior Company, Entrepreneurship League, es gibt Exkursionen in die Nationalbank, Finanzführerschein, Crowdfunding mit „Starte dein Projekt“, die Styrian-Challenge in Kombination mit FH Campus 02, Digital-Business-Award. Es gibt Übungsfirmen in einigen Schulen. Also es werden hier Projekte gemacht, und wenn es da eine Unterstützung braucht seitens der Stadt, sind wir immer im Rahmen unserer Möglichkeiten gerne bereit, sowas zu unterstützen. Aber ja, wir sollten das auch in den Regellehrplan integrieren und so habe ich auch Gespräche geführt mit der Bildungsdirektion, aber auch mit dem Bildungsministerium, diese Stellen waren der Meinung, dass man jetzt keine Modellregion setzen sollte, sondern dass man wirklich daran arbeiten müsste, das in ganz Österreich zu etablieren. Aber, wie du weißt, haben jetzt auf vielen Stellen die Persönlichkeiten gewechselt, auch im Bildungsministerium, wir haben einen steirischen Bildungsminister, und ich nehme deine Frage gerne zum Anlass, dass ich nochmals mit unserem steirischen Bildungsminister rede, ob wir nicht schon vor 2023, 2024 hier ins Tun kommen können (*Appl.*).

**GR<sup>in</sup> Reininghaus:**

Wenn dem so ist, lieber Kurt, dann gibt es keine Nachfrage mehr, dann warte ich nur noch vielleicht auf einen Bericht, wie das Gespräch ausgefallen ist. Vielen Dank.

**7.2 Frage 2: Kahlschlag bei den Parkplätzen in der Inneren Stadt  
(CO GR<sup>in</sup> Gmeinbauer, ÖVP an Bgm.<sup>in</sup>-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Schwentner, Grüne)**

CO GR<sup>in</sup> Gmeinbauer:

Hohe Stadtregerer, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörer:innen im Livestream, schönen guten Morgen. Wie bekannt ist, gibt es zukünftig in den kommenden Monaten und Jahren eine Entschleunigung in der Innenstadt, die auf den PKW abzielt. Wir wissen, dass die Innenstadtentflechtung sehr wohl von der Vorgängerregierung noch auf den Weg gebracht wurde, aber wir wissen, dass hier auch Parkplätze wegfallen. Wir wissen, dass von der jetzigen Verkehrsstadträtin und Vizebürgermeisterin Judith Schwentner geplant ist, in der Kaiserfeldgasse auch die Autos rauszuerbannen und den Schwächsten, und dagegen ist ja nichts einzuwenden, in unserer Bewegungskette, den Radfahrern und Fußgängern, mehr Platz einzuräumen. Und auch am Kaiser-Franz-Josef-Platz wird der Radweg ausgebaut, von daher darf ich meine

**Frage**

stellen:

Wie hoch wird die zu erwartende Anzahl der beseitigten PKW-Abstellplätze in den betroffenen Bereichen der Blauen Zone sein und wie hoch ist dann der dadurch eintretende Einnahmefall bei den Parkgebühren und Parkstrafen, wenn diese angesprochenen Projekte umgesetzt sein werden, liebe Frau Vizebürgermeisterin (Appl.)?

**Originaltext der Frage:**

*Im Hinblick auf die Tatsache, dass im Zuge der Innenstadtentlastungsstrecke, der geplanten Begegnungszone „Kaiserfeldgasse“ und des Ausbaus des Radweges entlang*

*des Kaiser-Franz-Josef-Kais sehr viele PKW-Abstellplätze beseitigt werden, stelle ich an Sie, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin-Stellvertreterin, folgende*

**Frage:**

*Wie hoch ist die Anzahl der beseitigten PKW-Abstellplätze in den betroffenen Bereichen der Blauen Zone bzw. wie hoch beziffern Sie den dadurch eintretenden Einnahmefall bei den Parkgebühren und Parkstrafen, wenn die Projekte Innenstadtentlastungsstrecke, Begegnungszone Kaiserfeldgasse und Ausbau des Radweges am Kaiser-Franz-Josef-Kai umgesetzt sein werden?*

Bgm.<sup>in</sup>-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Schwentner:**

Danke, liebe Frau Gemeinderätin. Nachhaltige Stadtentwicklung muss vor allem den Menschen gerecht werden und erst in zweiter Linie den Fahrzeugen. Mit dieser Mobilitätsoffensive und der Neuaufteilung von Flächen schaffen wir zusätzliche Flanierbereiche, Platz für weitere Gastgärten und Erlebnisräume und bringen mehr Grün in die Stadt. Je attraktiver die Grazerinnen und Grazer sowie die Gäste von außen den Aufenthalt in der Innenstadt empfinden, desto mehr nützt es auch den ansässigen Betrieben. Wer genau hingehört hat, hat vielleicht gehört, dass es nicht ganz meine Worte sind. Das sind nämlich die Worte meines Vorgängers als Stadtplanungsreferent und Ex-Bürgermeisters Siegfried Nagl. Ich kann dem inhaltlich nur beipflichten, man muss es halt tun. Wir kommen jetzt ins Tun und ins Umsetzen. Und deswegen beantworte ich gerne deine Frage. Ich wollte nur eines richtigstellen, es geht um den Kaiser-Franz-Josef-Kai und nicht um den -Platz, um das klarzustellen.

*Zwischenruf CO GR<sup>in</sup> **Gmeinbauer:** Entschuldigung, da habe ich mich versprochen.*

Bgm.<sup>in</sup>-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Schwentner:**

Also, ich kann dem Herrn Ex-Bürgermeister nur beipflichten, die Verkehrsberuhigung der Innenstadt, die Schaffung von grünen Meilen und Begegnungszonen und damit mehr Platz und Qualität für alle Grazerinnen und Grazer. Der Unterschied ist vielleicht, dass es nicht nur um Konsumflächen geht, sondern auch um konsumfreie Räume, aber natürlich für alle. Das ist ein Projekt, das wir uns auf die Fahne geschrieben haben, aber wir vor allem dem Wunsch von vielen Anrainerinnen und Anrainern und ansässigen Gewerbetreibenden nachkommen. Den Wunsch höre ich allerorts, wo ich unterwegs bin und dem komme ich gerne nach. Es gab viele konstruktive Treffen, was z.B. den Bischofsplatz anbelangt, die Tummelplatzumgestaltung, da wird sogar noch mehr Ausweitung gewünscht. Ich war, und werde es fortsetzen, bei einem Treffen mit Echt Graz, den Innenstadthändlern und -händlerinnen, das war ein sehr fruchtbarer Dialog, den ich gerne fortführe. Ich war jetzt auch im Annenviertel-Jour-fixe, da es ja auch da um eine Verkehrsberuhigung geht. Zur Frage im Innenstadtbereich, da gibt es derzeit 1.001 bewirtschaftete Parkplätze und 2.418 PKW-Stellplätze in sechs Tiefgaragen. Über die Ausnützung müssen wir noch reden, die versuchen wir zu erheben, ist nicht ganz so einfach, weil es ja private Tiefgaragen sind, aber auch da orten wir noch Potenzial. Für Fahrräder stehen im selben Bereich aktuell nur rund 1.600 Fahrradabstellplätze zur Verfügung, unserer Ansicht nach zu wenig. Durch die angesprochenen Projekte Straßenbahn-Innenstadtentlastung, die Begegnungszone Kaiserfeldgasse, die ein wirklicher Wunsch der ansässigen Anrainer:innen und Händler:innen ist, der Ausbau des Kaiser-Franz-Josef-Kais, der in Abstimmung mit allen vor Ort passiert ist, bis zum Herrn Wäg vom Kastner, das passiert im Rahmen der Radoffensive, werden wir zahlreiche Radabstellplätze schaffen, das ist nämlich auch wichtig für Anrainer:innen, Besucher:innen und Innenstadtkund:innen. Ich erinnere an die dringliche Anfrage von euch in einer der letzten Sitzungen. Die genaue Anzahl kann ich jetzt nur nicht angeben, aber es ist uns ein wichtiges Anliegen, das zu forcieren; und natürlich wird dort, wo Parkplätze entfallen, immer darauf geachtet, dass Zulieferverkehr, Lieferverkehr anreisen kann, Zufahrtsmöglichkeiten gegeben sind und Menschen mit Behinderungen immer parken können. Zu den genauen Zahlen des

Straßenprojektes Innenstadtentlastung entfallene Parkplätze aus heutiger Sicht 78, Kaiserfeldgasse 43, Geh- und Radverbreiterung Kaiser-Franz-Josef-Kai 24. Der Einnahmentfall ungefähr 1.500 je Stellplatz pro Jahr. Die Auslastung ist bei 80 %. Wir planen aber eine Ausweitung der Blauen Zone, das muss man dann auch gegenrechnen. Danke (*Appl.*).

CO GR<sup>in</sup> **Gmeinbauer:**

Aufgrund unseres Budgetgemeinderates freue ich mich sehr, dass auch hier wieder ein paar 1.000 Euro weniger sind. Daher meine Zusatzfrage. Wir haben heute in der Kleinen Zeitung schon gelesen, dass es kompensiert sein kann durch Ausweitung weiterer Parkzonen, aber können Sie ausschließen, dass die Parktarife demnächst generell erhöht werden in Graz?

Bgm.<sup>in</sup>-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Schwentner:**

Nein, das kann ich nicht ausschließen. Es kann auch zu einer leichten Anhebung der Parktarife kommen. Das schauen wir uns an. Wir brauchen Einnahmen, das wissen wir alle, jede Einnahme wie einen Bissen Brot und wir müssen uns anschauen, wo wir es herbekommen.

CO GR<sup>in</sup> **Gmeinbauer:**

Dankeschön (*Appl.*)

**7.3 Frage 3: Nutzung Abwärme Industrie und Gewerbe  
(GR DI Ram, Grüne an StR Dr. Riegler, ÖVP)**

**GR DI Ram:**

Sehr geehrte Stadtregierung, liebe Grazerinnen und Grazer, liebe Zuschauer im Livestream. Meine Frage geht an den Stadtrat Riegler. Jeder der, glaube ich, momentan die Nachrichten ein bisschen verfolgt, weiß, es erreichen uns jeden Tag Nachrichten über die Auswirkungen der Klimakrise. Also eine Hitzewelle in Westeuropa, Waldbrände in Spanien, eine noch nie dagewesene Dürreperiode in Norditalien. Also alle diese Dinge passieren gerade und die Klimakrise hat uns bereits fest im Griff. Gleichzeitig haben wir den Krieg in der Ukraine und der beschert uns eine veritable Energiekrise, also das sind schon einmal ziemlich schlimme Voraussetzungen. Und dann schauen wir nach Graz. Es ist noch ein weiterer Faktor, der diese Frage beeinflusst, da haben wir ein Fernwärmenetz, und wer sich hier ein bisschen auskennt, weiß, dass momentan fast 75 % mit Gas zugeheizt werden und auch noch große Investitionen, die wir über die nächsten Jahre tragen müssen, klafft hier ein riesiges Loch, um das mit alternativen Quellen zu versorgen. Vor einem Monat, in dieser Situation, wird, eh schön, von Magenta ein neues Rechenzentrum errichtet, um eben den Grazern ein besseres Internet und bessere Verbindungen zu gewährleisten, und dafür werden 3,6 Megawatt an Anschlussleistung installiert. Und laut Schätzung des Umweltamts wären das bis zu 700 Wohnungen, die hier mit Abwärme versorgt werden könnten. Leider wurde in der Planung verabsäumt, dass man da eine Abwärmenutzung vorsieht. Und nachdem man mit dem verantwortlichen Unternehmen gesprochen hat, sagen die, leider zu spät, und sie waren auch nicht darüber informiert, dass im Grazer Fernwärmenetz dringend Abwärme gesucht wird. Das Umweltamt hat hier versucht zu intervenieren, da wird auch weiterhin versucht, hier jetzt irgendwie andere Lösungen zu finden und vielleicht irgendwie Nahwärme hier anzubinden, das sich aber als sehr, sehr schwierig herausstellt. Und da muss man sagen, da haben wir ein bisschen eine fehlende Informationsvernetzung der Industrie mit den städtischen Akteuren und damit wird wertvolle Energie über Jahrzehnte hinweg über das Dach in die Umwelt

geblasen, und das ist eine Situation, die einfach nicht passieren darf, vor allem nicht in der jetzigen Zeit. Jetzt geht die

### **Frage**

eben an Sie, Herr Dr. Riegler, als zuständigem Referent für Wirtschaft:

Wie können wir es schaffen, dass eben Industrieakteure, wenn sie eine Ansiedelung planen, wenn sie eben wirklich starten mit ihren Überlegungen, und da nehmen sie ja dann Kontakte zur Wirtschaftsabteilung auf, dass die darüber informiert werden, welche Bedürfnisse es gibt, und dass die verbunden werden z.B. mit Umweltamt und mit den städtischen Abteilungen, damit eben solche Dinge nicht mehr passieren (Appl.)?

### **Originaltext der Frage:**

*Eine Hitzewelle über Westeuropa, Waldbrände in Spanien, eine noch die dagewesene Dürreperiode in Norditalien: fast täglich erreichen uns neue Meldungen über die verheerenden Auswirkungen des Klimawandels. Der bereits vor Jahrzehnten prognostizierte Anstieg der Durchschnittstemperatur hat bereits 1,3 Grad erreicht und das Restbudget an Treibhausgasen, um die kritische Marke von 1,5 Grad nicht zu überschreiten, schwindet mit rasanter Geschwindigkeit dahin. Der fortschreitende Klimawandel gefährdet die Existenz von hunderten von Millionen von Menschen, Naturkatastrophen und Hungersnöte werden zu gigantischen Migrationsbewegungen führen. Die über Jahrzehnte sehr günstige und leicht verfügbare fossile Energie hat uns in eine Abhängigkeit von despotischen Regimen gebracht und eine gebotene schnelle Abkehr von unserem energiehungrigen Lebensstil droht das etablierte Wirtschaftssystem zu ersticken. Das bringt uns in die absurde Situation, dass die notwendigen Schritte, um die Dekarbonisierung aller Lebensbereiche mit der nötigen*

*Geschwindigkeit voranzutreiben, nicht gesetzt werden, obwohl Auswirkungen und Risiken des Klimawandels inzwischen wissenschaftlich gut abgesichert sind.*

*Eine besondere Herausforderung stellt, nicht erst seit der Schließung des Kraftwerks Mellach, das Fernwärmenetz in Graz dar. Der Wärmebedarf wird neben einem verschwinden kleinen Anteil an alternativen Energieformen wie Solarthermie momentan mit ca. 75% durch Gas abgedeckt (diesen Winter sogar mit Heizöl, um die hohen Gaspreise abzufedern). Schaut man sich den Dekarbonisierungspfad der Grazer Fernwärme im Detail an, müssen die Energieversorger immense Investitionen in neue Biomasse und Reststoff-Heizkraftwerke, saisonale Speicher und diverse weitere Wärmegewinnungs-Anlagen einplanen, um zu mindestens einen gewissen Teil des Wärmebedarfs alternativ abzudecken. Die Nutzung industrieller Abwärme wird als wichtiger Baustein erhalten bleiben, während der Ausbau aufgrund fehlender weiterer Quellen schwierig wird. Aus heutiger Sicht klafft dann immer noch ein riesiges Loch in der Wärmeversorgung, für dessen Deckung es nur hypothetische und hoch experimentelle Lösungsvorschläge gibt.*

*Genau in dieser Situation wurde letzten Monat in Graz ein „hochmodernes“ Rechenzentrum mit einer Anschlussleistung von bis zu 3,6 MW von Magenta eröffnet, dessen Abwärme weitestgehend ungenutzt bleibt. Damit könnten laut Schätzungen des Umweltamts bis zu 700 Wohnungen mit Wärme versorgt werden. Leider wurde hier in der Planung verabsäumt eine Abwärmenutzung einzuplanen bzw. waren die Verantwortlichen des Unternehmens lt. eigener Aussage nicht informiert, dass im Grazer Fernwärme-Netz dringend Abwärme benötigt wird. Da Sie die Eröffnung medienwirksam besucht haben, kennen Sie die Projektdaten sicherlich im Detail.*

*Durch fehlende Informationen und Vernetzung der Industrie mit den städtischen Akteuren wird nun wertvolle Energie über Jahrzehnte buchstäblich in die Luft geblasen. Eine Situation, die wir uns aufgrund der vielen aufgeführten Punkte nicht mehr leisten können und sich die Industrie aufgrund der gestiegenen Energiekosten sicher nicht mehr leisten will.*

*Nachdem eine Intervention des Umweltamts beim genannten Unternehmen am fortgeschrittenen Planungsgrad gescheitert ist, wäre nun die Entwicklung einer Strategie sinnvoll, um möglichst früh Informationen über weitere geplanten Industrie- und Gewerbe-Projekte zu bekommen, um derartige „Sünden“ in der effizienten Nutzung von Energie in Zukunft zu verhindern.*

*In diesem Sinne stelle ich an Sie, sehr geehrter Herrn Dr. Riegler, als zuständigem Stadtsenatsreferent für Wirtschaft namens des Grünen Gemeinderatsklubs folgende*

**Frage:**

*Welche Strategien können Sie sich bzw. kann sich die Wirtschaftsabteilung vorstellen, um geplante Industrie- und Gewerbeprojekte möglichst frühzeitig über den städtischen Bedarf an industrieller und gewerblicher Abwärme zu informieren und sie dabei zu unterstützen, damit diese möglichst effizient als Nah- und Fernwärme genutzt wird?*

**StR Dr. Riegler:**

Danke, Herr Gemeinderat Ram. Ich möchte an dieser Stelle das Thema als absolut hochprioritär noch einmal benennen. Wie Sie sich vielleicht erinnern, haben wir, also unsere Fraktion, gerade erst vor ein, zwei Monaten einen dringlichen Antrag genau zu diesem Thema eingebracht, nämlich Versorgungssicherheit Fernwärme. Wie Sie wissen, ist ja Fernwärmeproduktion derzeit nur dadurch möglich, indem man mit Öl zuheizt, was eben aufgrund der Invasion Russlands in die Ukraine ausgelöst wurde und durch die Versorgungsprobleme im Bereich Gas. Daher haben wir von der ÖVP vorgeschlagen, dass wir uns dringendst darum kümmern, dass wir energetische Reststoffverwertung auch in Graz als Alternative zu Gas oder gar Öl anwenden. Da wurde leider unserer Dringlichkeit damals von Ihnen nicht Folge gegeben, aber ich bin zuversichtlich, dass wir auch weiterhin da eben durchaus gut zusammenarbeiten werden, um das gut voranzubringen. Also für mich ist das Thema, und für unsere

Fraktion, absolut prioritär. Was die konkrete Geschichte Magenta betrifft, da war ich eingeladen, glaube ich, als Bürgermeistervertretung. Das heißt, eigentlich wäre die Frau Bürgermeisterin an meiner statt dort gewesen, und ich freue mich auch sehr, dort erfahren zu haben, dass tatsächlich dort auch eine große Photovoltaikanlage errichtet werden soll, allerdings, und da gebe ich Ihnen Recht, Herr Ram, da haben wir tatsächlich ein kleines Problem: Nämlich, wie können wir rechtzeitig erfahren, wenn Betriebsansiedelungen stattfinden? Dazu gibt es einmal grundsätzlich jetzt keinen Prozess, weder im Umweltamt noch in der Wirtschaftsabteilung, niemand muss bei uns sozusagen voranmelden, wenn z.B. ein Grundstück gekauft wird, um darauf eine Industrieanlage zu errichten. Das heißt, da würde ich ja auch tatsächlich anregen, und glaube mir, Frau Vizebürgermeisterin, dass das gescheit wäre, wenn wir da vielleicht noch mehr an die Öffentlichkeit gehen und tatsächlich auch anregen, dass uns Unternehmen, die vielleicht in Zukunft planen, einen Betrieb einzurichten, der dann eben auch entsprechende Abwärmenutzung ermöglicht, dass man das in der Frühphase bereits bespricht, denn letzten Endes ist es immer eine Investmentfrage. Es ist natürlich billiger, die Abwärme in die Luft zu blasen, und es ist natürlich erforderlich, Investitionen zu tätigen, zusätzliche Investitionen, um tatsächlich eine solche Abwärmenutzung möglich zu machen. Das hat Magenta ganz konkret getan, da ist allerdings auf europäischer Ebene eine Förderung dann nicht zustande gekommen, und daher hat Magenta aus wirtschaftlichen Gründen dann eben gesagt, ok, dann machen wir Photovoltaik statt Abwärmenutzung. Es ist auch mir bedauerlich, aber wir sollten gemeinsam die Köpfe zusammenstecken, Umweltamt, Wirtschaftsabteilung, wie wir tatsächlich bei zukünftigen Betriebsansiedelungen so rechtzeitig im Planungsprozess bereits dabei sind, dass wir eben eine solche Abwärmenutzung schon in der Frühphase mitplanen können (*Appl.*).

**GR DI Ram:**

Vielen Dank. Also ich finde das super, dass man hier darüber nachdenkt, dass man da gemeinsam zusammenarbeitet. Ich finde es aber auch wichtig, Sie waren ja

eingeladen, und dass vor allem auch die städtischen Vertreter, die hier in der Industrie auftreten und auch in den Medien die Möglichkeit dann haben, Aussagen zu treffen, dass es über das hinausläuft, dass man jetzt reines Schulterklopfen betreibt, und auch hier kritisch anmerkt, dass hier Dinge passieren, die einfach nicht passieren sollten. Und damit würde auch ein Umfeld geschaffen werden, wo sich Firmen zweimal überlegen, diese Investitionen nicht zu tätigen. Und ich muss jetzt auch sagen, natürlich war das vielleicht vor der Ukraine-Krise, aber heutzutage diese Investitionen zu tätigen, die würden jetzt dafür Geld bekommen, dass sie diese Abwärme nutzen, und ich glaube, es wäre der Industrie jetzt auch sehr geholfen, wenn sie diese teure Energie, diesen Strom, den sie da jetzt einkaufen, man weiß ja, die Strompreise sind gestiegen, wenn sie diese Abwärme jetzt an die Stadt Graz für gute Wärme verkaufen könnten. Danke (*Appl.*).

Bgm.<sup>in</sup> **Kahr:**

Also keine Frage mehr?

GR DI **Ram:**

Nein, keine Zusatzfrage.

***Vorsitzwechsel – Bgm.<sup>in</sup>-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Schwentner übernimmt den Vorsitz (9.49 Uhr).***

**7.4 Frage 4: System der Sozialhilfeverbände  
(GR Mag. Winter, FPÖ an Bgm.<sup>in</sup> Kahr, KPÖ)**

GR Mag. **Winter**:

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung, werte Frau Bürgermeisterin. Die Landesregierung hat angekündigt, dass das bestehende System der Sozialhilfeverbände reformiert wird. Die Stadt Graz hat diesbezüglich bisher eine Sonderstellung besessen, weil sie eine Stadt mit eigenen Statut ist. Und infolgedessen viele Aufgaben, die grundsätzlich von den Sozialhilfeverbänden bearbeitet und erledigt werden, in Graz von der Magistratsverwaltung erledigt werden. Aufgrund dieser anstehenden Reform stellt sich natürlich auch die Frage, ob eine Kostenteilung ebenso reformiert wird bzw. ob der Stadt Graz im Rahmen von dieser Reform Mehraufwendungen bzw. Entlastungen entstehen werden. Daher die konkrete

**Frage:**

Sind Sie von der Landesregierung informiert worden, ob im Rahmen dieser Reform Mehraufwendungen bzw. Mehrkosten entstehen werden (*Appl.*)?

***Originaltext der Frage:***

*Die steirische Landesregierung hat angekündigt, das bestehende System der Sozialhilfeverbände in der Steiermark grundlegend zu reformieren. Die Stadt Graz nimmt in der bisherigen Organisationsstruktur bekanntlich eine Sonderstellung ein: Die Stadt Graz war aufgrund ihrer Stellung als Statutarstadt nicht als Sozialhilfeverband organisiert, sondern vollzog die von den Sozialhilfeverbänden wahrgenommenen Aufgaben im Rahmen ihrer Magistratsverwaltung. Es stellt sich jedoch die Frage, ob auch die Kostenteilung im Bereich des Sozialwesens reformiert wird und dadurch für die Stadt Graz zusätzliche Aufwendungen oder Entlastungen entstehen.*

**Anfrage:**

*Sind Ihnen von der Landesregierung mögliche Auswirkungen auf die Landeshauptstadt Graz durch die anstehende SHV-Reform mitgeteilt worden?*

**Bgm.<sup>in</sup> Kahr:**

Sehr geehrter Herr Gemeinderat Winter. Danke für Ihre Frage. Der Rechnungshof Österreich überprüfte die Funktionen und Aufgaben der Sozialhilfeverbände in der Steiermark mit Schwerpunkt auf dem Sozialhilfeverband Murtal, das war eigentlich der Anlass, und kritisierte vor allem die zersplitterte Organisation zwischen Bezirkshauptmannschaften und Sozialhilfeverbänden. Das war damals eigentlich der Grund, und der Rechnungshof erachtet daher auch strukturelle Verbesserungen als notwendig. Das ist auch völlig legitim und richtig. Die Steiermärkische Landesregierung hat daraufhin bereits vor mehreren Monaten einen Reformprozess gestartet und auch eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die vor allem diese beteiligten Sozialhilfeverbände miteinbezieht. In den nächsten Monaten, so ist uns rückgemeldet worden, wird nun ein Konzept für eine Neuordnung ausgearbeitet, mit dem die Kritikpunkte des Rechnungshofes aufgegriffen und gemeinsam mit den steirischen Gemeinden zu einer zukunftsfähigen neuen Lösung kommen sollen. Die Stadt Graz und das Sozialamt, das kann man hier wirklich unisono sagen, und alle, die für das Sozialamt bisher politisch verantwortlich sein durften, arbeiten hier vorbildlichst und vieles auch in diesem Prozess wird genau geschaut, nämlich wie wir das in der Stadt Graz machen. Also da können wir wirklich darauf stolz sein. Und Sie haben das eh richtig gesagt, dass die Stadt Graz ja ein eigenes Statut hat und dadurch auch einen Sonderstatus in diesem ganzen Zusammenhang hat. Hinsichtlich allfälliger Folgen für die Stadt Graz bzw. für die Sozialhilfeverbände ergibt hier an uns noch nichts Konkretes. Geplant ist, da haben wir uns erkundigt, seitens des Landesgesetzgebers, dass die Struktur dieses Sozialhilfeverbandes im Jahr 2024 umgesetzt werden soll. Die Grundlage dafür soll ein noch zu schaffendes Gesetz darstellen, das angeblich, ich sage das jetzt so, wie ich die

Rückmeldung bekommen habe, am 1.1.2023 in Kraft treten soll und spätestens, wenn wir hier diesen Gesetzesentwurf bekommen zur Begutachtung, das ist auch der übliche Prozess, besteht die Möglichkeit unsererseits, hier auch eine Stellungnahme dann abzugeben (*Appl.*).

***Vorsitzwechsel – Bgm.<sup>in</sup> Kahr übernimmt den Vorsitz (9.53 Uhr).***

**7.5 Frage 5: Sponsoring politischer Veranstaltungen  
(GR Brandstätter, ÖVP an StR Eber, KPÖ)**

**GR Brandstätter:**

Werte Stadtregierung, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseherinnen und Zuseher, sehr geehrter Herr Finanzstadtrat Eber. Mit 1. Juli treten die neuen Richtlinien des Gemeinderates für die städtische Kommunikation in Kraft, kurz davor, am 25. Juni wird das Augartenfest stattfinden. Am 5. Juni war in einem Grazer Regionalmedium ein Inserat für dieses Augartenfest zu finden, auf dem städtische Beteiligungen als Sponsoren aufgeschienen sind, in diesem Fall die Holding Graz und die Energie Graz. Seit jeher wird das Augartenfest in enger Kooperation mit der sozialdemokratischen Partei organisiert, ich glaube, das steht außer Zweifel. Und daher stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, die

**Frage:**

Ist es der Holding Graz sowie ihren Tochterunternehmen bzw. anderen städtischen Beteiligungen weiterhin gestattet, politische Veranstaltungen weiterhin zu sponsern (*Appl.*)?

**Originaltext der Frage:**

*Die SPÖ-Jakomini lässt sich das von ihr veranstaltete Augartenfest u. a. auch von einer städtischen Beteiligung sponsern.*

*Daher stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Finanzstadtrat, die*

**Frage:**

*Ist es der Holding Graz sowie ihren Tochterunternehmen bzw. anderen städtischen Beteiligungen gestattet, politische Veranstaltungen weiterhin zu sponsern?*

**StR Eber:**

Danke, Herr Gemeinderat, für die Frage. In Absprache und Rücksprache mit der Holding Graz kann ich Folgendes Ihnen darauf antworten: Seit 2008 bereits sponsert die Holding Graz das Augartenfest und ist dabei Sponsoringpartner des Vereins Vorwärts Jakomini, nämlich dieser Verein organisiert das Augartenfest. Nach zweijähriger Covid-bedingter Pause hat der Verein Vorwärts Jakomini auch heuer wieder um ein Sponsoring angesucht. Gemäß der Sponsoringrichtlinie der Holding Graz geht im Prozess der Budgetierung, der Abstimmung mit dem Konzerncontrolling und dem Vorstand sowie Bewertungen der einzelnen Sponsoringprojekte nach definierten Kriterien festlegen, wurde dieses Ansuchen im März 2022 positiv beantwortet. Im Rahmen des Sponsorings des Augartenfestes werden jährlich rund 20.000 Besucher und Besucherinnen erreicht. Dabei können Dienstleistungen und Produkte der Holding Graz vor Ort präsentiert und an diese Zielgruppe transportiert werden. Umgekehrt, durch die Inanspruchnahme von Sach- und Dienstleistungen der Holding Graz, etwa die Bühne und Stadtraum, die hier eingebunden sind, fließt ein Großteil des gesponserten Betrags in den Konzern zurück. Festgehalten wird von der Holding Graz ausdrücklich, dass es weder mit der SPÖ Jakomini noch mit anderen Parteiorganisationen

Sponsoringverträge gibt. Seit 2019 gelten außerdem die Konzernrichtlinien Marketing, die Inserate oder Sponsorings gegenüber Parteien ohnehin ausschließen.

**GR Brandstätter:**

Vielen Dank für die Beantwortung. Das heißt jetzt im Umkehrschluss, wir haben da ein Fest, das wird organisiert von einer Vereinskonstruktion, wie sie vom Kai Jan Krainer von der SPÖ im Bund ja mit dem Fernglas im U-Ausschuss zurecht kritisiert wird, und man kann sich natürlich überlegen, ob man jetzt davon ausgehen kann, dass die SPÖ Graz durch Umgehungskonstruktionen, durch solche Vereine, ein Fest, das eigentlich die SPÖ Graz immer veranstaltet hat, wo im Grazer der Michi Ehmman sich abdrucken lässt neben den Vereinsorganisatoren. Und kann man also davon ausgehen, dass städtische Beteiligungen in Zukunft durch solche Umgehungskonstruktionen weiterhin politisch angehauchte Veranstaltungen sponsern werden (*Appl.*)?

**StR Eber:**

Also nach meinem Wissensstand ist der Verein Vorwärts ein unabhängiger Verein (*Gelächter im Saal*) ...

*Zwischenruf GR Ing. Lohr: Der war gut.*

**StR Eber:**

... und somit natürlich keine Teilorganisation der SPÖ oder Vorfeldorganisation.

*Zwischenruf GR Brandstätter: Ja, sicher.*

**StR Eber:**

Aber selbstverständlich, nach meinem Wissensstand jetzt wiederum auch, gibt es sozialdemokratische Funktionäre, die dort in diesem Verein auch mitarbeiten. Wenn Sie den Vorwurf, sage ich einmal, ...

*Zwischenruf GR **Brandstätter**: Naja, ich habe eine Frage gestellt.*

**StR Eber:**

... naja, der Umgehungskonstruktion oder so, machen, dann kann ich dazu nur sagen, wir werden uns das noch einmal genau anschauen und natürlich auch, wie das alles abläuft. Aber, wie gesagt, von der Holding haben wir die Rückmeldung bekommen, dass aus derzeitiger Sicht und aus ihrer Sicht hier nichts gegen ein Sponsoring spricht (*Appl.*).

*Zwischenruf GR **Brandstätter**: Danke für die Beantwortung.*

## **7.6 Frage 6: Mehr Schulsozialarbeit an Grazer Schulen (GR<sup>in</sup> Wutte, MA, Grüne an StR Hohensinner, MBA, ÖVP)**

**GR<sup>in</sup> Wutte:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, hallo, lieber Kurt, ich komme etwas abgehetzt, ganz passend zur Frage, vom Schulschnuppertag meines Sohnes. Und um Schulen wird es jetzt auch gehen bei der jetzigen Frage. Die, die schon länger im Gemeinderat sind, wissen, dass ich mich schon lange darum bemühe, mehr Schulsozialarbeit an die Schulen zu bekommen, weil es einfach ein drängendes und wichtiges Problem ist. Gerade nach der Corona-Pandemie,

denke ich, ist der Bedarf noch höher als er vorher war. Wir wissen, insbesondere Kinder aus armutsbetroffenen Familien waren durch das Home-Schooling sehr belastet, waren durch beengte Wohnverhältnisse sehr belastet. Wir wissen auch mittlerweile, dass sich bestehende Bildungsungleichheit, Chancenungleichheit einfach noch einmal verstärkt hat nach der Corona-Krise. Schulsozialarbeit ist da eine sehr wichtige Methode, um entgegenzuwirken, um Konflikte zu bearbeiten, um Kinder bestmöglich zu unterstützen. Dennoch war eigentlich in den letzten Jahren immer viel zu wenig Geld für die Schulsozialarbeit da, man muss aber dazusagen, dass das natürlich alleine nicht nur städtische Aufgabe wäre, sondern auch ganz stark eine Landesaufgabe. Die jetzige Schulsozialarbeit ist zu 60 % vom Land und zu 40 % von der Stadt finanziert. 2021 haben wir für alle Grazer Pflichtschulen, also Volksschulen und Mittelschulen, neun Vollzeitäquivalente gehabt an Schulsozialarbeit, das muss man sich einmal vorstellen, das heißt, z.B. an Volksschulen bedeutet das, man kommt ein paar Stunden in der Woche vielleicht vorbei und hat überhaupt keine Zeit, sich wirklich auseinanderzusetzen mit den Kindern. Jetzt gibt es aber erfreuliche Neuigkeiten von der Bundesebene in dem Fall, weil hier eben diese 15a-Verhandlungen abgeschlossen wurden, da ging es auch stark um die Kinderbetreuungseinrichtungen und mehr Geld für die Kinderbetreuungseinrichtungen. Was jetzt aber noch nicht so stark bekannt ist, ist, dass es auch mehr Schulsozialarbeitsstellen geben soll. Im Rahmen vom Finanzausgleich wird den Ländern dann mehr Geld zur Verfügung gestellt und die Idee ist, dass 50 % vom Bund und 50 % von Land in Zukunft übernommen werden. Ich habe von meiner Kollegin im Nationalrat die Zahl bekommen, dass es für die Steiermark ca. 25-30 neue Planstellen geben soll für die Schulsozialarbeit, und da wäre es halt auch sinnvoll, einiges davon in Graz zu haben, weil wir einfach auch wissen, dass die Herausforderungen und Themen an den Schulen in urbanen Räumen auch immer größere sind. In dem Sinne hoffe ich, dass du da schon aktiv dran bist, dass wir für die Stadt mehr Schulsozialarbeit bekommen und richte folgende

**Frage**

an dich:

Was ist der aktuelle Gesprächsstand mit der zuständigen Landesrätin bezüglich der Abholung von Bundesmitteln für mehr Schulsozialarbeitsstellen und einer besonderen Berücksichtigung des Bedarfs an Grazer Schulen? Danke (Appl.).

**Originaltext der Frage:**

*Nach der Corona-Pandemie ist Schulsozialarbeit wichtiger denn je. Insbesondere Kinder aus armutsbetroffenen Familien waren durch das Home-Schooling und beengte Wohnverhältnisse sehr belastet. Bestehende Bildungs- und Chancenungleichheit wurde durch die Corona-Krise leider verstärkt.*

*Schulsozialarbeit ist eine wichtige Methode, um Konflikte an Schulen zu bearbeiten und insbesondere Kinder aus Familien mit wenigen finanziellen und sonstigen Ressourcen zu unterstützen. Dennoch war die Schulsozialarbeit in Graz bisher chronisch unterfinanziert: Für alle Grazer Pflichtschulen standen im Jahr 2021 neun Vollzeitäquivalente zur Verfügung.*

*Nach Abschluss der 15a-Verhandlungen auf Bundesebene wird es nun deutlich mehr Geld für Schulsozialarbeit geben. Zusätzliche Schulsozialarbeitsstellen sollen zu 50 % vom Land, zu 50% von der Bundesebene übernommen werden. Die Bundesgelder werden nach dem Anteil an außerordentlichen Schüler:innen zugeteilt, laut einer groben Abschätzung meiner Kollegin im Nationalrat würde das 25 bis 30 neue Planstellen für die Steiermark bedeuten.*

*Wenn man bedenkt, dass der Bedarf an psychosozialer Unterstützung in einem Ballungsraum wie Graz höher ist, sollte ein wesentlicher Anteil dieser neuen Schulsozialarbeitsstellen in Graz eingerichtet werden.*

*Deswegen richte ich folgende*

**Frage**

*an dich:*

*Was ist der aktuelle Gesprächsstand mit der zuständigen Landesrätin*

*Dr.<sup>in</sup> Bogner-Strauss bezüglich der Abholung von Bundesmitteln für mehr*

*Schulsozialarbeitsstellen und einer besonderen Berücksichtigung des Bedarfs an Grazer Schulen?*

**StR Hohensinner:**

Sehr geehrte Frau Gemeinderätin, liebe Manuela, schön, dass du noch rechtzeitig gekommen bist, es wäre für mich keine richtige Fragestunde, würdest du keine Frage an mich stellen. Wir haben ja eine Themenüberschneidung und uns sind einige Themen gemeinsam wichtig, so auch die Sozialarbeit. Die Schulsozialarbeit ist ein unheimlich wichtiges Setting für unsere Schulen, vor allem, wie du auch angesprochen hast, im urbanen Bereich. Ich möchte auch darauf hinweisen, dass wir als Stadt Graz Vorreiter waren, also wir haben die Schulsozialarbeit gehabt, bevor es ein Landesgesetz gegeben hat. Und wir konnten jetzt auch die Anzahl der Schulsozialarbeiter:innen steigern, von 2021 neun Vollzeitstellen auf 2022 zehn Vollzeitstellen. Das ist etwas, aber noch immer zu wenig, ich glaube, da sind wir uns einig. Wir halten immer Ausschau nach potenziellen Ko-Finanzierungsstellen, und ja, es gibt die Möglichkeit über die 15a-Vereinbarung, dass wir im Land Bundesmittel abholen, aber bis jetzt sind die Modalitäten noch nicht ganz klar, aber wir sind hier dran. Es gibt einen neuen Bildungsrat, Werner Amon, und beim ersten Termin mit ihm werde ich dieses Thema ansprechen, das ist versprochen (*Appl.*).

GR<sup>in</sup> **Wutte:**

Also von meiner Seite gibt es keine Zusatzfrage, aber den Appell, ich glaube, das ist etwas, das parteiübergreifend alle so sehen, dass da wirklich viel zu wenig eigentlich da ist in Graz, und wenn es da jetzt die Möglichkeit nach Mitteln gibt, gute, auch besser als jemals zuvor, muss man da wirklich parteiübergreifend dranbleiben und dann können wir für Graz vielleicht eine Verdoppelung der Stellen oder so schaffen. Das wäre halt echt ein Traum. Danke (*Appl.*).

**7.7 Frage 7: Thaler Bach  
(KO GR Mag. Pascuttini, FPÖ an Bgm.<sup>in</sup>-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Schwentner, Grüne)**

KO GR Mag. **Pascuttini:**

Hohe Stadtregierung, werter Gemeinderat. Zum Abschluss eine aktuelle Thematik aus Gösting. Wie Sie wissen, in den letzten Jahren hat es immer wieder starke Regenfälle gegeben, die dann auch zu dementsprechend starken Überschwemmungen geführt haben in der Raach, aber auch in der Thalstraße. Und man könnte natürlich hier auch den Klimawandel ins Treffen führen und sagen, naja, gegen diese große Umwälzung des Weltklimas ist man einfach machtlos. Ich denke, in dem Fall gibt es profanere Gründe, denn, wenn man eben seit Jahren zusieht, wie der Thaler Bach einfach verwuchert, verwächst, sich das Sediment ablagert und sich damit natürlich einfach das Bachbett hebt, dann ist klar, dass das Wasser schon auch bei nicht starken Regenfällen irgendwann einfach über die Ufer tritt. Es ist auch so, wenn man sich den Thaler Bach genau ansieht, dass da nicht nur Verwucherungen zu Verklausungen führen können, sondern auch Müllablagerungen, eine Waschmaschine hat es da gegeben, die ist dann über die Jahre einfach versunken und die ist jetzt im Sediment enthalten. Jetzt ist meine

**Frage**

an Sie, Frau Vizebürgermeisterin, bis wann (bitte um konkrete Monats- und Jahresangabe) wird der Thaler Bach nun endlich vollständig auf gesamter im Grazer Stadtgebiete gelegenen Länge von sämtlichem Gebüsch, Bewuchs, Sedimentablagerungen und Vermüllung befreit und die Gefahr von Verklausungen damit auf ein geringes Niveau minimiert (*Appl.*)?

**Originaltext der Frage:**

*In den letzten Jahren waren die Göstinger Bezirksteile Raach und Thalstraße immer wieder von starken Überschwemmungen betroffen. Der Thaler Bach verwuchert – wie jedes Jahr – vollständig. Ebenso finden sich Sedimentablagerungen im Verlauf des gesamten Bachbeetes (teilweise bis zu 80 cm hoch), weil in den letzten Jahren keine Arbeiten am Thaler Bach vorgenommen wurden. Müll, alte Kanaldeckel, Styroporplatten, eine Waschmaschine, tote Bäume und Gestrüpp sowie große angeschwemmte Steine gehören auch entfernt.*

*Durch all diese Ablagerungen, die teilweise seit Jahren schon im Bachbett verblieben sind, passieren Verklausungen schon bei mittelschweren Regenfällen. Diese Verklausungen führen dazu, dass der Thaler Bach aus dem Bachbett tritt.*

**Anfrage:**

*Bis wann (bitte um konkrete Monats- und Jahresangabe) wird der Thaler Bach nun endlich vollständig auf gesamter im Grazer Stadtgebiete gelegenen Länge von sämtlichem Gebüsch, Bewuchs, Sedimentablagerungen und Vermüllung befreit und die Gefahr von Verklausungen damit auf ein geringes Niveau minimiert?*

Bgm.<sup>in</sup>-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Schwentner**:

Danke, Herr Gemeinderat, für die berechtigte Frage und die berechtigte Sorge. Ich kenne die Situation dort vor Ort, ich kenne den Bach. Ich muss Ihnen jetzt leider ein bisschen bürokratisch antworten, weil, ich bin zwar als zuständige Stadtsenatsreferentin für Grünraum und Gewässer zuständig, aber nicht politisch zuständig für diesen Bach, weil die Abteilung Grünraum und Gewässer vor allem Hochwasserschutzmaßnahmen im nicht hoheitlichen Bereich durchführt. Diese Gewässerstrecke, also der Thaler Bach, den Sie ansprechen, der ist ein öffentliches Gewässer auf öffentlichem Gut, das ist sozusagen vergleichbar mit dem Thema Gemeindestraßen und Landesstraßen. Wie Sie wissen, ist für die Landesstraßen auch die Steirische Landesregierung zuständig und nicht die Stadt Graz, und in dem Fall ist es vergleichbar. Was die Pflege des Ufers anbelangt, da ist es aus rechtlicher Sicht auch sozusagen notwendig, dass die jeweiligen Uferanrainer:innen dafür sorgen, dass der Schmutz oder alles, was Sie beschreiben, vor allem der Müll, herauskommt. Trotzdem, die gute Nachricht ist, dass die Stadt Graz sich als Serviceleistung gegenüber den Bürger:innen trotzdem sich es zur Aufgabe gemacht hat und einen Gewässerwärter bei der Holding Graz installiert hat, der immer wieder auch vorbeigeht, schaut und sich darum kümmert, dass dort Abfall herauskommt, dass Missstände beseitigt werden, dass er auch an die zuständige Behörde, nämlich das Land, Informationen weitergibt, das ist der Herr Gewässerwärter Erik Grafenhorst, wir möchten uns an dieser Stelle auch für seine Arbeit bedanken. Er hat heuer schon zahlreiche Räumungsarbeiten durchgeführt, obwohl die Stadt eigentlich nicht zuständig ist. Seiner Auskunft nach sind, wir haben uns da sozusagen die Auskunft eingeholt, noch mehr weite Neophytenbekämpfungen ausständig, die werden voraussichtlich bis zum Sommer durchgeführt und er wird auch die Zuständigen beim Land Steiermark informieren. Ich kann Ihnen aber auch den Tipp geben, die Kollegen, also Ihre Kollegen beim Land, zu fragen, bis wann das erfolgen wird, ich kann es Ihnen leider nicht im Detail sagen  
(Appl.).

KO GR Mag. **Pascuttini:**

Vielen Dank für diese Antwort. Wir haben auch in der Vergangenheit schon eine Anfrage an den Landesrat Seitinger gestellt. Es ist immer wieder die Problematik, dass das hinausgeschoben wird, aber grundsätzlich bin ich ja schon froh, dass es diesen Gewässerwärter gibt. Wir werden auch mit ihm in Kontakt treten und den Thaler Bach dann regelmäßig besuchen. Dankeschön (*Appl.*).

***Ende Fragestunde: 10.07 Uhr***